Dienstreglement für die Zuger Polizei

vom 22. Januar 1985¹⁾

Der Regierungsrat des Kantons Zug,

in Vollziehung von § 3 Abs. 2 des Gesetzes über die Kantonspolizei vom 31. Oktober 1966²⁾ und § 12 Abs. 4 der Strafprozessordnung für den Kanton Zug vom 3. Oktober 1940³⁾,

beschliesst:

1. Abschnitt

Allgemeines

§ 1

Inhalt und Geltungsbereich

¹ Das Dienstreglement enthält die für den Vollzug des Polizeidienstes notwendigen Bestimmungen, soweit sie nicht in besonderen Erlassen enthalten sind.

² Einzelheiten werden in Weisungen der Sicherheitsdirektion⁴⁾ oder in Dienstvorschriften des Polizeikommandos geregelt.

³ Alle in diesem Dienstreglement aufgeführten Rechte und Pflichten der Polizeibeamten gelten sinngemäss auch für die Polizeianwärter.

§ 2

Aufgaben der Polizei

¹ Die Polizei nimmt diejenigen Aufgaben wahr, die ihr von Gesetzes wegen übertragen sind.

² Sie kann mit anderen Polizeibehörden zusammenarbeiten.

¹⁾ GS 22, 615

²⁾ BGS 512.1

³⁾ BGS 321.1

⁴⁾ Fassung gemäss Änderung vom 22. Dez. 1998 (GS 26, 191).

512.3

§ 3

Aufträge anderer Amtsstellen

Aufträge, die der Zuger Polizei¹⁾ von anderen Amtsstellen erteilt werden, sind an das Polizeikommando zu richten.

§ 4

Grundsatz für polizeiliches Handeln

Die Polizei hat bei ihren Einsätzen nach den Grundsätzen der Gesetzmässigkeit und der Verhältnismässigkeit vorzugehen. Polizeiliche Eingriffe dürfen nicht weiter gehen, als es der Zweck der Massnahmen und die Lage erfordern.

2. Abschnitt

Organisation

§ 5

Grundsatz

Für die Organisation der Zuger Polizei¹⁾ sind polizeiliche und betriebswirtschaftliche Grundsätze massgebend.

§ 6

Gliederung

¹⁾ Die Zuger Polizei¹⁾ gliedert sich in das Polizeikommando, die Polizeistationen und die Fachdienste, die in Abteilungen zusammengefasst werden können.

²⁾ Als Fachdienste gelten:

a) die Kommandodienste,	d) die Verkehrspolizei,
b) die Kriminalpolizei,	e) die Verwaltungspolizei,
c) die Sicherheitspolizei,	f) der Staatsschutz.

§ 7

Polizeikommandant

¹⁾ Der Polizeikommandant leitet und organisiert die Zuger Polizei¹⁾. Er ist der Vorsteherin oder dem Vorsteher der Sicherheitsdirektion²⁾ gegenüber für alle Belange der Zuger Polizei¹⁾ unmittelbar verantwortlich, insbesondere für ihre jederzeitige Einsatzbereitschaft im Rahmen und in Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben.

²⁾ Unter dem Vorbehalt der Zuständigkeit übergeordneter Behörden obliegen dem Polizeikommandanten insbesondere:

¹⁾ Fassung gemäss Änderung vom 4. März 2003 (GS 27, 673); in Kraft am 8. März 2003.

²⁾ Fassung gemäss Änderung vom 22. Dez. 1998 (GS 26, 191).

- a) die Rekrutierung geeigneten Personals sowie die Ausbildung der Anwärter und Polizeibeamten;
- b) die Bereitstellung der erforderlichen Mittel zur Sicherstellung der steten Einsatzbereitschaft der Zuger Polizei¹⁾;
- c) die Leitung von Einsätzen auf Kantonsebene;
- d) die Aufsicht über die verschiedenen Abteilungen;
- e) der Verkehr mit den Behörden, insbesondere auch mit den Verwaltungs- und Rechtspflegestellen des In- und Auslandes;
- f) die Anordnung von Versetzungen, die Beförderungsvorschläge, die Inspektionen sowie die Behandlung von Dienstbeschwerden gegen Polizeibeamte;
- g) die Belange des Staatsschutzes;
- h) die Öffentlichkeitsarbeit.

§ 8

Polizeikommando (höhere Führungsebene)

Der Polizeikommandant und die Offiziere bilden das Polizeikommando. Es unterstützt den Polizeikommandanten in der Leitung der Zuger Polizei¹⁾. Die einzelnen Aufgabenbereiche richten sich nach der vom Kommandanten festgelegten Aufgabenverteilung.

§ 9

Mittlere Führungsebene

¹ Die mittlere Führungsebene besteht aus den Offiziersstellvertretern und den Dienstchefs.

² Der Polizeikommandant führt regelmässig Rapporte auf mittlerer Führungsebene durch.

§ 10

Polizeistationen

¹ Den Polizeistationen obliegen kriminal-, sicherheits-, verkehrs-, verwaltungs- und gemeindepolizeiliche Aufgaben.

² Sie werden von einem Polizeioffizier gemäss der Aufgabenverteilung beim Polizeikommando geleitet.

§ 11

Kommandodienste

¹ Den Kommandodiensten obliegen Stabs- und logistische Aufgaben. Sie stellen die für die Leitung der Zuger Polizei¹⁾ unerlässlichen Führungshilfen.

² Sie werden von einem Polizeioffizier gemäss der Aufgabenverteilung beim Polizeikommando geleitet.

¹⁾ Fassung gemäss Änderung vom 4. März 2003 (GS 27, 673); in Kraft am 8. März 2003.

512.3

§ 12

Kriminalpolizei

¹ Die Kriminalpolizei ist zuständig für die präventive und repressive Verbrechensbekämpfung im ganzen Kanton. Sie arbeitet mit den übrigen Abteilungen eng zusammen.

² Sie wird von einem Polizeioffizier gemäss der Aufgabenverteilung beim Polizeikommando geleitet.

§ 13

Verkehrspolizei

¹ Die Verkehrspolizei überwacht und kontrolliert den Verkehr, die Strassensignalisation auf den Kantons- und Nationalstrassen sowie die Strassenreklamen. Ihr obliegen die Tatbestandsaufnahmen bei Verkehrsunfällen auf allen dem Verkehr dienenden öffentlichen Strassen sowie die Arbeitszeit- und Ruhezeitkontrolle der berufsmässigen Motorfahrzeugführer. Sie ist überdies für die Verkehrserziehung verantwortlich.

² Sofern dadurch die der Verkehrspolizei zugewiesenen Aufgaben nicht beeinträchtigt werden, überwacht und kontrolliert sie auf ausdrückliches Begehren der zuständigen Behörden auch das Verkehrsgeschehen auf Gemeindestrassen.

³ Die Verkehrspolizei wird von einem Polizeioffizier gemäss der Aufgabenverteilung beim Polizeikommando geleitet.

§ 14

Sicherheitspolizei

¹ Der Sicherheitspolizei obliegen Personen- und Objektschutzmassnahmen. Sie setzt sich aus Polizeibeamten aller Abteilungen zusammen, die besonders ausgebildet werden.

² Die Sicherheitspolizei wird von einem Polizeioffizier geleitet.

§ 15

Verwaltungspolizei

¹ Die Verwaltungspolizei behandelt vor allem Verstösse gegen das Nebenstrafrecht. Ihr können aber auch weitere Aufgaben, beispielsweise administrativer Art, übertragen werden.

² Die Verwaltungspolizei wird von einem Polizeioffizier gemäss der Aufgabenverteilung beim Polizeikommando geleitet.

§ 16

Staatsschutz

¹ Der Staatsschutz ist das Verbindungselement zur Bundesanwaltschaft und zur Bundespolizei.

² Der Staatsschutz ist direkt dem Kommandanten unterstellt.

3. Abschnitt

Dienstplichten

§ 17

Grundsatz

¹ Jeder Polizeibeamte hat die ihm zugewiesenen allgemeinen und speziellen Aufgaben zu erfüllen.

² Unabhängig von dem ihm zugeteilten Aufgabenbereich hat er tätig zu werden, wenn er eine strafbare Handlung verhindern kann oder wenn ihm eine begangene Straftat bekannt wird.

§ 18

Verhältnismässigkeit

¹ Der Polizeibeamte hat in jeder Lage zu prüfen, ob ein Einschreiten notwendig und den Umständen angemessen ist. Er hat sein Handeln stets nach den Grundsätzen der Rechtmässigkeit und der Verhältnismässigkeit auszurichten.

² Der Polizeibeamte provoziert nicht zu verbotenen Handlungen.

§ 19

Gewissenhaftigkeit, Beförderlichkeit

Der Polizeibeamte erfüllt die ihm übertragenen Aufgaben gewissenhaft und beförderlich.

§ 20

Verhalten

Der Polizeibeamte vermeidet jedes Verhalten, das seinem persönlichen Ansehen als Polizeibeamter sowie dem Ruf der Zuger Polizei¹⁾ schadet.

¹⁾ Fassung gemäss Änderung vom 4. März 2003 (GS 27, 673); in Kraft am 8. März 2003.

512.3

§ 21

Unbestechlichkeit

¹ Polizeibeamte dürfen im Zusammenhang mit Dienstsachen weder für sich noch für andere Geschenke annehmen, Vorteile fordern oder sich oder für andere versprechen lassen.

² Werden Geschenke oder Zuwendungen angeboten, ist dem Polizeikommando sofort Meldung zu erstatten, das über die Ablehnung oder Annahme sowie über die Verwendung entscheidet.

§ 22

Höflichkeit, Hilfsbereitschaft, Bestimmtheit

¹ Bei der Ausübung des Dienstes und im Kontakt mit der Bevölkerung ist der Polizeibeamte höflich, hilfsbereit und bestimmt.

² Unnötige Strenge, Beschimpfungen, Drohungen und dergleichen sind unzulässig.

§ 23

Unbefangenheit

Der Polizeibeamte erfüllt seine Dienstpflichten ohne Ansehen der betroffenen Person. Umstände, die ihn als befangen erscheinen lassen, meldet er seinem Vorgesetzten.

§ 24

Verschwiegenheit

¹ In Dienstsachen gilt für den Polizeibeamten Schweigepflicht.

² An unbefugte Drittpersonen dürfen keine dienstlichen Akten herausgegeben werden.

³ In zivilen Rechtsstreitigkeiten dürfen Polizeibeamte über dienstliche Wahrnehmungen nur aussagen, wenn sie von der Sicherheitsdirektion¹⁾ dazu ermächtigt worden sind.

⁴ Die Bewilligungspflicht gilt auch für Aussagen in Zivil- und Strafverfahren vor ausländischen Behörden.

⁵ Die Schweigepflicht besteht nach Aufhebung des Dienstverhältnisses weiter.

§ 25

Zusammenarbeit

¹ Der Polizeibeamte ist zur korrekten Zusammenarbeit mit Vorgesetzten und Mitarbeitern verpflichtet.

² Er meldet wichtige dienstliche Belange seinem Vorgesetzten.

¹⁾ Fassung gemäss Änderung vom 22. Dez. 1998 (GS 26, 191).

³ Die Pflicht zur Zusammenarbeit gilt auch gegenüber den Polizeiorganen des Bundes, anderer Kantone, der Gemeinden sowie gegenüber den Zoll- und Grenzwachorganen.

§ 26

Dienstweg

¹ Der Polizeibeamte hält sich in Dienstsachen an den Dienstweg.

² Der Verkehr mit ausserkantonalen Amtsstellen erfolgt in der Regel über das Kommando.

³ In persönlichen Angelegenheiten kann direkt an den Polizeikommandanten gelangt werden.

§ 27

Rapporte

Der Polizeibeamte hat über Dienstsachen wie Tatbestandsaufnahmen, Anzeigen, Festnahmen und andere Auftrags erledigungen ohne Verzug dem Polizeikommando zu rapportieren.

§ 28

Örtliche Zuständigkeit

Der Polizeibeamte darf ausserhalb des Kantonsgebietes keine Amtshandlungen vornehmen. Vorbehalten sind Einsätze im Sinne von Art. 356 StGB (Nacheile), im Sinne des Konkordats über die polizeiliche Zusammenarbeit in der Zentralschweiz¹⁾, ausserkantonale Einsätze, die vom Regierungsrat angeordnet werden sowie polizeiliche Ermittlungen, die von der zuständigen ausserkantonalen Behörde bewilligt worden sind.

§ 29

Dienstzeiten

Soweit erforderlich hat jeder Polizeibeamte zeitverschoben, unregelmässig, an Sonn- und Feiertagen sowie in der Nacht Dienst oder Pikettdienst zu leisten.

§ 30

Erreichbarkeit

¹ Der Polizeibeamte muss während seiner Dienst- und Pikettzeit sofort erreichbar und innerhalb einer nützlichen Frist einsatzbereit sein. Vorbehalten bleiben Abkommandierungen ausserhalb des Kantons. Er ist verpflichtet, in seiner Wohnung ein Telefon einzurichten.

² Bei erhöhter Einsatzbereitschaft kann der Polizeibeamte auch in seiner Freizeit zum Dienst herangezogen werden.

¹⁾ BGS 511.1

512.3

§ 31

Kleidung

¹ Abgestimmt auf den jeweiligen Einsatz wird der Polizeidienst in Uniform oder in Zivil ausgeübt.

² Das Polizeikommando legt die Details nach Lage und Funktionen fest.

³ In ziviler Kleidung dürfen keine Uniformstücke getragen werden. Das Polizeikommando kann Ausnahmen bewilligen.

§ 32

Legitimation

Die Uniform gilt als Legitimation. Bei einer Amtshandlung in Zivilkleidung hat sich der Polizeibeamte auszuweisen.

4. Abschnitt

Ausbildung und Aufnahmeverfahren

§ 33

Erstes Ausbildungsjahr

¹ Nach bestandener Eintrittsprüfung erfolgt auf Antrag der Sicherheitsdirektion¹⁾ die vorläufige Anstellung für ein Ausbildungsjahr durch den Regierungsrat.

² Während dieser Zeit absolviert der Anwärter die Polizeischule.

§ 34

Polizeischule

Die Polizeischule bezweckt die fachliche, geistige und körperliche Vorbereitung auf den Polizeidienst.

§ 35

Entlassung, Austritt

¹ Sind Fleiss oder Leistung des Anwärters ungenügend oder gibt sein Verhalten zu Klagen Anlass, kann er während dieses ersten Ausbildungsjahres auf das Ende des auf die Kündigung folgenden Monats vom Regierungsrat entlassen werden. Die sofortige disziplinarische Entlassung bleibt vorbehalten.

² Der Anwärter kann jederzeit austreten.

¹⁾ Fassung gemäss Änderung vom 22. Dezember 1998 (GS 26, 191)

§ 36

Wahl

¹ Hat der Anwärter die Schlussprüfung der Polizeischule bestanden, kann er vom Regierungsrat als Polizeibeamter gewählt werden.

² Bewerber mit einer anderen gleichwertigen Ausbildung können ausnahmsweise direkt als Polizeibeamte gewählt werden.

5. Abschnitt
Dienstbetrieb

§ 37

Qualifikation

Der Polizeibeamte wird jährlich gemäss Reglement qualifiziert.

§ 38

Weiterbildung

Die kommandierte führungs- und fachtechnische Weiterbildung erfolgt unter Anrechnung auf die Arbeitszeit auf Kosten des Kantons.

§ 39

Versetzung

Der Polizeibeamte kann aus persönlichen oder dienstlichen Gründen versetzt werden, wobei möglichst auf die familiären Verhältnisse Rücksicht zu nehmen ist.

§ 40

Arbeitszeit

Die Mindestarbeitszeit des Polizeibeamten richtet sich stundenmässig nach den entsprechenden Bestimmungen über die Arbeitszeit in den kantonalen Büros.

§ 41

Erkrankung, Unfall, Absenzen

Erkrankungen, Unfälle oder andere Absenzen sind unverzüglich dem zuständigen Abteilungschef zu melden.

§ 42

Freiwillige Weiterbildung

Betreibt der Polizeibeamte während seiner Freizeit freiwillig eine für den Dienst nützliche Weiterbildung, kann er vom Polizeikommando unterstützt werden.

6. Abschnitt
Uniformierung, Ausrüstung und Bewaffnung

§ 43

Persönliche Ausrüstung

Die Uniform, die Schusswaffe und die Ausrüstung für den Ordnungsdienst werden leihweise abgegeben.

§ 44

Pflege

Der Polizeibeamte ist für die einwandfreie Pflege der persönlichen Ausrüstung verantwortlich.

§ 45

Ersetzung

Die Uniformstücke und Ausrüstungsgegenstände werden bei ausgewiesenerm Bedarf auf Kosten des Kantons ersetzt, wobei die vom Polizeikommando festgelegten Tragzeiten der Uniformstücke als Richtwerte gelten. Ist ein ausserordentlicher Verschleiss auf mangelnde Pflege oder Sorgfalt des Polizeibeamten zurückzuführen, so kann dies zum Ersatz auf dessen Kosten führen.

§ 46

Weitergabe

Ohne Bewilligung des Polizeikommandos ist es verboten, Uniformstücke oder Ausrüstungsgegenstände an Drittpersonen weiterzugeben.

§ 47

Korpsmaterial

Ausrüstungsgegenstände, die nicht persönlich abgegeben werden, zählen zum Korpsmaterial und werden nur bei Bedarf zur Verfügung gestellt.

§ 48

Schäden, Mängel

Schäden und Mängel an Uniformen, Fahrzeugen oder Ausrüstungsgegenständen sind dem Polizeikommando unverzüglich zu melden. Reparaturen als Folge einer konkreten Dienstverrichtung gehen zu Lasten des Kantons. Der ordentliche Unterhalt und die Pflege der Uniform und der Ausrüstung gehen zu Lasten des Polizeibeamten.

§ 49

Rückgabe der persönlichen Ausrüstung und der Dienstakten

¹ Bei Austritt oder Entlassung sind dem Kanton alle Uniformstücke, Ausrüstungsgegenstände, Dienstaussweise, die Dienstwaffen und die dienstlichen Akten, allfällige Kopien irgendwelcher Art eingeschlossen, zurückzugeben.

² Eine Dienstwaffe kann bei ordentlicher Entlassung nach mindestens 25 Dienstjahren ausgehändigt werden.

³ Die Sicherheitsdirektion¹⁾ kann weitere Ausnahmen bewilligen.

⁴ Bei Pensionierung infolge Alters oder Krankheit müssen gebrauchte Kleidungsstücke nicht zurückgegeben werden.

§ 50

Inspektion

¹ Die persönliche Ausrüstung des Polizeibeamten und das allgemeine Korpsmaterial werden bei Bedarf, mindestens jedoch einmal im Jahr, auf Vollständigkeit und Zustand hin überprüft.

² Dem Kommandanten ist detailliert Bericht zu erstatten.

7. Abschnitt

Die polizeilichen Mittel

§ 51

Vorladung

¹ Für polizeiliche Abklärungen und Einvernahmen können Personen schriftlich, in dringenden Fällen mündlich vorgeladen werden.

² Bei Kindern und Jugendlichen erfolgt die Vorladung in der Regel an die Eltern oder den gesetzlichen Vertreter; bei Kindern erfolgt sie zudem immer im Einvernehmen mit dem Jugendanwalt.

³ Bei Gefahr im Verzug oder bei Kollusionsgefahr können Kinder und Jugendliche direkt vorgeladen werden. Dabei sind die Eltern oder der gesetzliche Vertreter, sobald es der Stand der Ermittlungen erlaubt, nachträglich zu benachrichtigen.

§ 52

Festnahme

¹ Die Verhaftung ist in der Strafprozessordnung, die polizeiliche Gewahrsamnahme im Polizeistrafgesetz geregelt.

² Bei festgenommenen Personen sind alle auf und am Körper getragenen Kleidungsstücke und Behältnisse zu durchsuchen.

¹⁾ Fassung gemäss Änderung vom 22. Dez. 1998 (GS 26, 191).

512.3

³ Sofern notwendig, sind Leibesöffnungen oder Körperhöhlen durch einen Arzt zu kontrollieren.

⁴ Festgenommenen Personen sind alle Gegenstände, Schriftsachen und Geldbeträge abzunehmen.

⁵ Über die bei der Festnahme abgenommenen Gegenstände muss ein Verzeichnis erstellt werden, das von der festgenommenen Person zu unterzeichnen ist.

§ 53

Fesselung

Fesseln dürfen nur bei Widersetzung, Fluchtgefahr oder besonderer Gefährlichkeit verwendet werden.

§ 54

Tränengas, Gummigeschosse

¹ Die Verwendung von Tränengas und Gummigeschossen erfolgt nur auf ausdrücklichen Befehl und dient der Verteidigung gegen Angriffe oder der Durchsetzung polizeilicher Anordnungen. Gummigeschosse dürfen nur auf ausdrücklichen Befehl zum Einsatz kommen.

² In der Regel hat dem Einsatz eine Warnung vorauszugehen. Nach dem Einsatz von Tränengas oder Gummigeschossen ist, soweit möglich, zu überprüfen, ob Personen verletzt wurden. Muss eine Person in ärztliche Behandlung gebracht werden, ist darüber dem Vorgesetzten unverzüglich Meldung zu erstatten.

§ 55

Schusswaffe

¹ Der Dienst der Polizei erfolgt bewaffnet.

² Die Polizei hat, wenn andere verfügbare Mittel nicht ausreichen, in einer den Umständen angemessenen Weise von der Waffe Gebrauch zu machen:

- a) wenn sie mit einem gefährlichen Angriff unmittelbar bedroht oder gefährlich angegriffen wird;
- b) wenn andere Personen mit einem gefährlichen Angriff unmittelbar bedroht oder gefährlich angegriffen werden;
- c) wenn die dienstlichen Aufgaben nicht anders als durch Waffengebrauch auszuführen sind, insbesondere
 1. wenn Personen, welche ein schweres Verbrechen oder ein schweres Vergehen begangen haben oder eines solchen dringend verdächtig sind, sich der Festnahme oder einer bereits vollzogenen Verhaftung durch Flucht zu entziehen versuchen;

2. wenn aufgrund erhaltener Informationen oder persönlicher Feststellungen angenommen werden muss, dass Personen für andere eine unmittelbar drohende Gefahr an Leib und Leben darstellen und sich diese der Festnahme oder einer bereits vollzogenen Verhaftung durch Flucht zu entziehen versuchen;

3. zur Befreiung von Geiseln;

4. zur Verhinderung eines unmittelbar drohenden schweren Verbrechens oder schweren Vergehens an Einrichtungen, die der Allgemeinheit dienen oder die für die Allgemeinheit wegen ihrer Verletzlichkeit eine besondere Gefahr bilden.

³ Dem Schusswaffengebrauch hat ein deutlicher Warnruf voranzugehen, sofern der Zweck und die Umstände es zulassen.

⁴ Ein Warnschuss darf nur abgegeben werden, sofern die Umstände die Wirkung eines Warnrufes vereiteln.

⁵ Die Polizei hat dem durch Waffengebrauch Verletzten den nötigen Beistand zu leisten.

⁶ In jedem Fall von Waffengebrauch ist dem Vorgesetzten unverzüglich Meldung zu erstatten.

⁷ Das Polizeikommando erläutert den Schusswaffengebrauch in einem Dienstbefehl. Dieser Dienstbefehl bildet einen Bestandteil der vorstehenden Normen über den Schusswaffengebrauch.

§ 56

Kriminaltechnik

¹ Untersuchungsgefangene und Personen, die eines Verbrechens oder Vergehens verdächtigt werden, müssen erkennungsdienstlich behandelt werden.¹⁾

² Kinder dürfen nur mit dem Einverständnis des Abteilungschefs oder des Pikettoffiziers erkennungsdienstlich behandelt werden.

³ Die erkennungsdienstliche Behandlung von Personen umfasst das Erstellen von Lichtbildern, die Abnahme von Finger- und Handflächen-Abdrücken, die Abnahme von Schriftproben, die Feststellung und Sicherung anderweitiger Spuren und Befunde am Körper und an den Kleidern, soweit dies nicht Sache des Arztes ist.

⁴ Weiter befasst sich die Kriminaltechnik mit Vermessungen und Planzeichnungen, mit der Mikroskopie und der kriminaltechnischen Spurensicherung. Dabei gelangen die Methoden und Verfahren der kriminaltechnischen Hilfswissenschaften zur Anwendung.

¹⁾ Fassung gemäss Änderung vom 9. Jan. 1996 (GS 25, 193); in Kraft am 1. Febr. 1996.

512.3

§ 57

Polizeitransporte

¹ Zuführungen von Personen an andere Amtsstellen gelten als Polizeitransporte. Diese erfolgen begleitet oder unbegleitet und erfordern einen Auftrag des Polizeikommandos.

² Fluchtgefährliche Straftäter, kranke und gebrechliche Personen, Militärpersonen in Uniform sowie Frauen und Kinder sind begleitet zu transportieren. Fluchtgefährliche Straftäter sind allenfalls zusätzlich zu fesseln.

§ 58

Ausschaffungen

¹ Ausländer, die aus irgendeinem Grunde (Landesverweisung, Einreisesperre, fremdenpolizeiliche Massnahmen) aus der Schweiz weggewiesen werden müssen, sind gemäss Befehl des Polizeikommandos auszuschaffen. Falls die gesetzliche Voraussetzung für eine Verhaftung nicht gegeben ist, können sie vorübergehend in Gewahrsam genommen werden.

² Für zwangsweise Rückführungen auf dem Luftweg sind die Vorschriften der Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren vom 11. April 2002¹⁾ sowie die Vereinbarung zwischen der Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren und dem Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement vom 10. April 2003²⁾ verbindlich.³⁾

§ 59

Weibliche Personen

Nach Möglichkeit ist bei Zwangsmassnahmen gegenüber weiblichen Personen eine Polizeibeamtin oder eine andere vertrauenswürdige Frau beizuziehen.

§ 60

Verletzung durch Zwangsmassnahmen

Wird eine Person durch eine polizeiliche Zwangsmassnahme verletzt, ist Erste Hilfe zu leisten; nötigenfalls ist die verletzte Person einem Arzt zuzuführen. Jede Verletzung einer Person durch Zwangsmassnahmen ist dem Vorgesetzten unverzüglich zu melden.

¹⁾ BGS 512.33

²⁾ BGS 512.32

³⁾ Fassung gemäss Änderung vom 12. Aug. 2003 (GS 27, 793); in Kraft am 1. Sept. 2003.

8. Abschnitt

Dienstbeschwerde

§ 61

Zuständigkeit

¹ Der Polizeibeamte kann bei Verletzung seiner Persönlichkeit durch einen Vorgesetzten oder einen Mitarbeiter beim zuständigen vorgesetzten Polizeioffizier Dienstbeschwerde einreichen.

² Richtet sich die Beschwerde gegen einen Polizeioffizier, so ist sie beim Polizeikommandanten einzureichen.

³ Dienstbeschwerden gegen den Polizeikommandanten sind an die Sicherheitsdirektion¹⁾ zu richten.

⁴ Vor der Einreichung einer Beschwerde hat eine dienstliche Unterredung mit dem Beschwerdegegner stattzufinden, um die mündlich oder schriftlich nachzusuchen ist. Der Beschwerdegegner ist verpflichtet, dem Gesuch um eine dienstliche Unterredung so rasch als möglich zu entsprechen.

⁵ Die Beschwerdeinstanz klärt den Sachverhalt beförderlich ab und verfügt die nötigen Massnahmen.

⁶ Gemeinsame Beschwerden mehrerer sind nicht zulässig.

9. Abschnitt

Schlussbestimmungen

§ 62

Aufhebung des bestehenden Reglements

Mit dem Inkrafttreten dieses Reglements werden das Dienstreglement für das Polizeikorps des Kantons Zug vom 3. März 1943²⁾ sowie alle mit diesem Reglement in Widerspruch stehenden Bestimmungen und Vorschriften aufgehoben.

§ 63

Inkrafttreten

Das Reglement tritt mit der Publikation in Kraft.

¹⁾ Fassung gemäss Änderung vom 22. Dez. 1998 (GS 26, 191).

²⁾ GS 15, 7; 17, 503; 18, 222; 21, 451